

Leben wie unter Besatzungsmacht

Filz – Gewaltsame Sicherung der Mehrheit

Lang, lang ist's her, daß Kurt Biedenkopf als Vorsitzender der NRW-CDU versucht hat, mit dem Filz-Vorwurf die SPD vom Regierungssockel zu stürzen. Er ist gescheitert, weil hinter jedem SPD-Mann, den er als Filz-Günstling hätte enttarnen können, einer seiner Parteifreunde stand, der günstig abgefunden worden war. Wer in NRW den roten Filz hochhebt, stellt fest, daß der darunter schwarz ist.

Biedenkopf konnte sich deshalb seinen Traum von der bürgerlichen Demokratie incl. Opposition abschminken. Insbesondere im Ruhrgebiet hat die CDU immer kräftig mitgeschoben, wenn es darum ging, Posten zu besetzen. Dieser Posten-Proporz ist bis heute gang und gäbe.

Es wäre aber ein fatales Mißverständnis, davon auszugehen, daß Filz sich darin erschöpft, Versorgungsposten zu verteilen. Sein tieferer Sinn besteht vielmehr darin, im Machtgeflecht die entscheidenden Positionen mit „zuverlässigen“ Leute zu besetzen. Die demokratisch gewählten Mandatsträger sind nämlich nicht sicher, durch ihre politische Tätigkeit überzeugen – und damit überleben – zu können.

Sie verhalten sich deshalb wie eine Besatzungsmacht, die an jeder Ecke und jedem Ende blockwartmäßig ihre Vasallen etabliert, um dafür sorgen, daß keine unbotmäßigen Tendenzen Platz greifen. Politischer Filz hat deshalb wie sein tuchmäßiger Namensgeber die Aufgabe, sich so dicht über alle Entscheidungsprozesse zu legen, daß diese unkontrollierbar werden, weil sie „undurchsichtig“ sind.

Filz ist also der gelungene Versuch, Demokratie abzuschaffen. Die Vasallen, die unter der Voraussetzung ihrer Botmäßigkeit auch einer anderen als der Mehrheitspartei angehören können, garantieren, daß nur die Informationen an die Öffentlichkeit geraten, die der Mehrheit nützen oder ihr nicht schaden. Ansonsten finden die entscheidenden Debatten hinter verschlossenen Türen statt. In öffentlichen „Beratungen“ werden nur noch vorgezante Erklärungen abgegeben, die mit dem Entscheidungsprozeß und seinen Konflikten nichts mehr zu tun haben.

Demokratie bedeutet unter diesen Bedingungen, daß die Mehrheit entscheidet, ohne inhaltlich Rechenschaft ablegen zu müssen, welche Probleme sie selbst in derartigen Entscheidungen sieht.

Peter Grafe hat in seinem Buch „Tradition und Konfusion / SPD – Alle Macht den Profis“ für die Kommunalpolitik einen wichtigen Filz-Teil sehr

schön definiert: „In der Folge konsequenter Karriereplanung werden die Ortsvereine in Essen zunehmend von den Angestellten der Stadtverwaltung majorisiert. Die Parteiaktivisten sind heute zu 60% bei der Stadt beschäftigt, die Basis besteht also zu großen Teilen aus beruflich den Parteigrößen Untergebenen.“ Ganz so weit ist Essen von Dortmund nicht entfernt.

Die Besetzung entscheidender politischer und gesellschaftlicher Positionen durch die Mehrheitspartei soll die politische Hegemonie auch über die Überzeugungsfähigkeit hinaus sichern. Daß der DGB und die SPD in Dortmund 1992 eine „engere Zusammenarbeit“ vereinbart haben, weil sie ja sowieso dieselben Ziele verfolgen, bleibt weithin unkritisiert. Die Öffentlichkeit hat sich damit abgefunden, daß der DGB sich im Eigentum der SPD befindet – obwohl er doch „parteiunabhängig“ ist.

Die – nicht durch Überzeugungskraft gestützte – Hegemonie der SPD in Dortmund nützt selbstverständlich. Zum Beispiel dem Haus-Hof-Architekten Schulze, der über die verschiedensten SPD-Vasallen – bei Do-GeWo und Ruhr-Lippe etwa – in dieser Stadt bedient wird. Oder auch dem einen oder anderen Notar. So Jürgen-Alexander Fischer, Bezirksvorsteher Innenstadt-Nord, der bei der Westfalahallen GmbH (100% Stadt Dortmund) und den Dortmunder Stadtwerken (dito) Hauptversammlungen beurlaubt. Das dauert schreckliche Minuten lang und bringt höchstens ein paar tausend DM.

Das eigentliche Problem ist jedoch, daß der Filz in dieser Stadt Angst und Schrecken verbreitet, was dessen Urheber selbstverständlich nicht wahrhaben wollen. Deshalb wollen sie auch gar nicht wissen, daß MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung Dortmund sich mit Blick auf die spezialdemokratische Absolutheit in dieser Stadt u.a. folgendermaßen äußern:

- „Daß es DIE GRÜNEN Rat gibt, finde ich gut. Aber sagen Sie nicht, daß ich das gesagt habe.“
- „Bitte kümmern Sie sich doch einmal darum, daß wir hier im XYZ-Amt unter unmöglichen Bedingungen arbeiten müssen. Aber sagen Sie bitte nicht weiter, vom wem Sie die Informationen haben.“
- „Schicke mir Deine Papiere lieber nicht per Hauspost. Offene Kontakte mit einem GRÜNEN tun mir nicht gut.“

Die leitenden Mitarbeiter der Verwaltung wissen besonders gut, wie der Hase zu laufen hat. Als ein ehemaliger Mitarbeiter der Dortmunder DKP vom Arbeitsamt an die Stadtverwaltung vermittelt werden sollte, war „eigentlich“ die Personalverwaltung zuständig, da es sich um ein ganz besonders „einfaches Geschäft der laufenden Verwaltung“ handelte. Ein Amts-

chef wußte aber, wie die Realität aussieht: „Diese Sache wird vom Oberstadtdirektor entschieden – oder sogar noch höher.“ Der „noch höhere“ Fraktionschef der SPD mit dem Spitznamen Klein Stalin konnte sich in diesem Fall ausnahmsweise mal nicht durchsetzen, weil zuviele Informationen durchgesickert waren und das System Filz deshalb nicht mehr funktionieren konnte.

Ansonsten wirkt es aber ungebrochen. Und seine Profiteure merken nicht einmal mehr, was sie tun. Aus dem Protokoll einer Amtsleiterkonferenz im Planungsdezernat: „Stadtrat Reiff legte Wert darauf, daß den Arbeitsaufträgen der SPD-Planungsfraktion umgehend nachgegangen wird.“ „Eigentlich“ sind die Verwaltungsmitarbeiter aber nicht verpflichtet, SPD-Aufträge zu erfüllen. „Eigentlich“ hätte erst in einer Planungsausschußsitzung beschlossen werden können und dürfen, was die Verwaltung zu tun hat. Aber eben nur „eigentlich“. Denn wie interpretiert Klein Stalin die Aussage von Stadtrat Reiff: „Jede Fraktion kann der Verwaltung Anregungen geben.“

Ein kleiner Blick über den Tellerrand der Dortmunder Kommunalpolitik: Ein leitender Mitarbeiter der Stadt Dortmund ist Ratsmitglied in einer kleineren Ruhrgebietsstadt mit CDU-Mehrheit. Da er nicht auf den Kopf gefallen ist, nutzt er ebenso „kreativ“ wie frech die Tatsache aus, daß Kommunalpolitik in diesem Land weitgehend in der Landeshauptstadt Düsseldorf gemacht wird. Statt, wie seine CDU-„Kollegen“ es von ihm erwarten, für „seine“ Stadt im Sinne der Mehrheitsbeschlüsse tätig zu werden, wirft er in Düsseldorf Knüppel zwischen die CDU-Mehrheitsbeschlüsse. Schließlich war er mit der SPD ja dagegen. Kontrollierbar ist das alles nicht. Und soll es auch nicht sein.

Die veröffentlichte Meinung tut sich schwer damit, die Regierenden zu kontrollieren und ihnen bei Gelegenheit kräftig auf die Finger zu hauen, nachdem sie ihnen gründlich aufs Maul geschaut haben. Mensch hockt halt zu dicht aufeinander. Auch für Dortmund gilt, was G. Hofmann in der ZEIT über die Reaktion auf die Kölner Filz-Studie der Eheleute Scheuch geschrieben hat:

„Relativ kühl hat Köln auf den Verriß der Stadt reagiert. Auch die Kölner Medien haben sich nicht begeistert auf das Sujet gestürzt, was die Vermutung aufdrängt, sie könnten Teil des Problems sein.“

Richard Kelber

(Aus: buntspecht – grün-alternative Zeitung für dortmund, nr. 9/1992, S. 3)

Städtisches Postengeschacher Dortmund

Personalpolitik in Dortmund beruht heute wie seit über 40 Jahren auf Filz und Vetternwirtschaft. Ohne SPD-Parteibuch und ohne SPD-Protektion geht in Dortmund karrieremäßig so gut wie gar nichts: Versorgungsansprüche – insbesondere von GenossInnen – werden befriedigt, Es gibt „verdiente“ Leute, die einen Posten brauchen. Es gibt Versager, die befördert werden müssen, damit sie nicht mehr im Weg stehen. Versorgung ist allerdings nur die eine Seite der Personalpolitik auf Gegenseitigkeit. Zualtererst dienen personalpolitische Entscheidungen in Dortmund dazu, Loyalität, ja bedingungslosen Gehorsam gegen über der SPD-Führung zu sichern. Der SPD-Fraktionsvorstand hat das Sagen, auch wenn die formale Entscheidungskompetenz bei anderen, z.B. beim Oberstadtdirektor, liegt.

Filz und Vetternwirtschaft reichen herunter bis auf die Ebene von Amts-, stellvertretenden Amts- und Abteilungsleitern. Die Antwort auf die Frage nach deren Parteibüchern dürfte nicht überraschen: Massenweise SPD, hier und da ein Mensch ohne Parteizugehörigkeit und eventuell auch mal CDU.

Gehorsam ist zuallererst von Genossinnen zu erwarten, die in der Dortmunder Einheits-SPD gelernt haben, wo es langgeht. Die SPD bedient sich aber auch anderer Leute, die zur sozialdemokratischen Machtsicherung beitragen, weil sie persönlich davon profitieren.

Die CDU hat das Personal-Pokerspiel in Dortmund jahrzehntelang mitgemacht. Sie hat sich mit diversen Posten abspeisen und integrieren lassen. Als Opposition ist sie deshalb weitgehend erledigt. Der Preis für den Opportunismus: Beispielsweise Dezernate der Verwaltung und Geschäftsführungen bei Hafen AG und Flughafen GmbH.

In diesem Zusammenhang ist erlaubt, einen Blick zurück in die Geschichte zu werfen: Wir erinnern uns gut, daß 1985, zu einem Zeitpunkt, als die CDU Anspruch auf die Geschäftsführung eines städtischen Unternehmens formulierte, der Posten eines Frühstücksdirektors bei der Dortmunder Hafen AG geschaffen wurde.

Diese Variante kann so nur dann relativ reibungslos funktionieren, wenn die inhaltlich Differenzen zwischen den beteiligten Parteien– SPD und CDU – nicht sonderlich groß sind. Und in der Tat gelingt es der SPD in Dortmund seit langem, mit ihrem Personal in vielen Bereichen CDU-Politik zu machen – mit dem Erfolg, daß die CDU weitgehend überflüssig geworden ist und das SPD-Machtkartell triumphiert. Dessen Ziel ist ja nicht die produktive und phantasievolle Lösung von Problemen, sondern die

Machtsicherung. Dazu leistet das Postengeschacher, das die SPD betreibt, einen wertvollen Beitrag.

Die Spezialdemokraten

Sinn der Ausformung einer Nomenklatura in Dortmund wie anderswo ist es, das System abzudichten, keine mißliebigen Informationen hinein-, vor allem aber, keine unangenehmen Informationen herauszulassen. Wir wissen, daß in vielen Bereichen der Verwaltung wichtige und richtige politische Diskussionen geführt werden, deren Ergebnisse "brisant" sind (siehe Nordstadt). Weil sie ein Versagen der Stadtpolitik belegen, dürfen sie nicht offengelegt werden.

Offene politische Diskussion zwischen Rat und Verwaltung darf nicht sein – höchstens als Glasnost weit weg in der UdSSR. In Dortmund sollen wir uns mit einer spezifischen Form "demokratischer Diskussion" begnügen – der Absprache zwischen Verwaltung und SPD-Fraktion. Was danach kommt, hat der Einheit und dem Image zu dienen. Was dabei auf der Strecke bleibt, ist – neben der Glaubwürdigkeit von Politik und PolitikerInnen sowie der Zivilcourage bei MitarbeiterInnen der Verwaltung – zweierlei: Kompetenz und Handlungsfähigkeit der Verwaltung.

Wo das Parteibuch regiert, hat die Kompetenz von BewerberInnen nur eine zufällige Chance. Um die auszuschalten, teilt die SPD in der Regel rechtzeitig vor der Stellenausschreibung der interessierten Öffentlichkeit mit, wer es werden soll. Das reicht dann als Abschreckung für kompetente BewerberInnen. Wer wird sich für den Vorsitz bei den Stadtwerken bewerben, seit die SPD festgestellt hat, daß dieser die geeignete Strafbank für den wenig erfolgreichen Oberstadtdirektor Heinze sein soll? Wer wird sich um die Heinze-Nachfolge im Rathaus bewerben, wenn sich die SPD bereits auf einen festgelegt hat: Zuviele Kochs verderben den Brei...

Offene und für alle BewerberInnen chancengleiche Ausschreibungsverfahren passen nicht zur Personalpolitik à la SPD. Da muß schon ein bißchen manipuliert werden und sei es durch vorlaute Vorentscheidungen. Der dadurch bewirkte Kompetenzmangel findet nicht selten eine würdevolle Ergänzung in fragwürdigen Entscheidungen über Dezernats- und Amtsstrukturen. Wo nicht Art und Umfang der zu bewältigenden Aufgaben, sondern Zahl und Art der anstehenden Versorgungsfälle ausschlaggebend sind für das Schaffen, Teilen und Zusammenlegen von Dezernaten und Ämtern, ist die Handlungsunfähigkeit der Verwaltung eine notwendige Konsequenz und kein Anlaß, sich zu wundern.

Zur Zeit wird beispielsweise darüber nachgedacht, das Jugend- und Sozialdezernat zu teilen, was sachlich-fachlich wenig Sinn macht. Aber da ist ja,

die Medien haben lang und breit darüber berichtet, der "Versorgungsfall Bollermann".

Natürlich passieren Regiefehler. So hat unlängst die Vorsitzende des Personalausschusses, Gertrud Zupfer (SPD), nicht schon vor der Ausschreibung, sondern erst nach flüchtiger Einsicht in die Unterlagen von über 100 Bewerbungen für das Amt der Frauenbeauftragten verkündet, wer es denn werden soll: Brigitte Kraft, die damalige kommissarische Leiterin des Frauenbüros nämlich. Die Verwaltung hatte zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal die Entscheidung getroffen, welche Bewerberinnen zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen werden sollten. Inzwischen ist die Verwaltung zu dem von Zupfer vorgegebenen Ergebnis gekommen. Für die neue Frauenbeauftragte namens Kraft, die ungewollt in den SPD-Sumpf gezogen ist, bleibt der Vorgang eine Vorbelastung. Bemerkenswert ist, daß zwei Bewerberinnen mit langjähriger Berufserfahrung als Frauenbeauftragte in zwei größeren Revier-Städten die Einladung zu einem Bewerbungsgespräch ausgeschlagen haben. Begründung: In der Zeitung habe ja schon gestanden, wer es werden soll.

Lange überfällig – und auch längst beantragt – ist aus unserer Sicht dagegen die Einrichtung eines Umweltdezernats, damit die Belange der Natur nicht immer wieder von Planungs- und Wirtschaftsförderungsabsichten erschlagen werden. Ökologie muß für die Stadtentwicklung endlich eine angemessene Bedeutung bekommen.

Damit wir auf die Einrichtung eines Umweltdezernats nicht erst warten müssen, bis die SPD einen halbwegs passenden Versorgungsfall zur Hand hat, schlagen wir vor, es hier ausnahmsweise doch mal mit dem alleinigen Kriterium der Kompetenz zu versuchen. Doch allein der Gedanke, daß ein Umweltdezernat in Dortmund dann grün-alternativ besetzt werden müßte, dürfte aus SPD-Sicht Hinderungsgrund genug sein.

Richard Kelber

(Aus: dortmund direkt – information + meinung der Grünen im Rathaus/-Dortmund / Beilage zu buntspecht – grün-alternatives Blatt für dortmund, nr. 10/1990, S. 2)